

Zum Stand der regionalen (Des-)Integration im postsowjetischen Zentralasien und der Rolle der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)

Albrecht Rothacher

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag untersucht, warum es im postsowjetischen Zentralasien fast zwei Jahrzehnte nach dem Zerfall der Sowjetunion trotz vieler frommer Wünsche und wohlfeiler Vereinbarungen keine wirkliche Integration gibt und warum als einzig effektive regionale Organisation – sieht man einmal von der von Moskau forcierten Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVkS), eines Militärbündnisses mit Beistandsgarantie, ab – die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) besteht, ein von Russland und China angeführtes und explizit antiwestliches Bündnis, das den herrschenden Status quo und den Potentaten im postsowjetischen Mittelasien die Macht erhalten will.

Dabei wäre aus historischen, ethnischen und religiös-kulturellen Gründen eine autonome regionale Zusammenarbeit oder sogar Integration durchaus denkbar. Bis in die 1930er-Jahre, als die Sowjets die fünf zentralasiatischen Nationen und ihre Grenzen mehr oder minder willkürlich festlegten, gab es einen einheitlichen, von Russland lose kolonisierten Kultur- und Wirtschaftsraum in (West-)Turkestan mit der Hauptstadt Taschkent. Er umfasste die turkstämmigen Nomadenvölker des heutigen Kasachstans, Kirgisiens und Turkmenistans sowie die sesshaften, meist persisch sprechenden Händler, Handwerker und Bauern der Oasenstädte und des zentralen Fergana-Tals (im heutigen Usbekistan) sowie im Hochgebirge des Pamir. Noch während der jahrelangen antisowjetischen Aufstände der Basmatschen und im

Widerstand gegen die Zwangskollektivierung in den 1920er- und 1930er-Jahren bestand in diesem Raum neben den Klan- und Stammesidentitäten auch eine kollektive handlungsrelevante, konkret ethnische und religiöse, Identität, die auch die ebenfalls moslemischen Uiguren von Ost-Turkestan (der heutigen chinesischen Provinz Xinjiang) einschloss. Es gab also tatsächlich nicht unerhebliche ethnische und kulturelle Ursachen, die in dieser Weltregion nach der gemeinsam erlebten und durchlittenen Erfahrung von sieben Jahrzehnten Sowjetherrschaft für eine effektive regionale Integration sprechen würden. Es existieren aber auch funktionale Gründe, nämlich die Energiearmut der wasserreichen Gebirgsländer Kirgisien und Tadschikistan, der Überschuss an Primärenergieträgern der flussabwärts gelegenen wasserarmen Steppen- und Wüstenländer Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan, die (die einstigen sowjetischen Republikgrenzen ignorierenden) Straßen- und Eisenbahnführungen sowie die ohne Rücksicht auf ethnische und wirtschaftsgeographische Zusammenhänge erfolgte Aufsplitterung des Fergana-Tals auf Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien. Diese Aufteilung war in der Sowjetzeit natürlich mit voller Absicht erfolgt, verhindert aber heute in dieser mit heute 8 Mio. oft verarmten, dafür aber tiefreligiösen Menschen dicht besiedelten Talebene einen einheitlichen Wirtschaftsraum und eine allgemein gedeihliche Entwicklung.¹

2. Integrationsvoraussetzungen

Aus den Erfahrungen von fünf Jahrzehnten westeuropäischer Integrationsgeschichte lassen sich einige Kriterien für die notwendigen historischen Umstände und Grundsätze einer erfolgreichen regionalen Integration ableiten.² Zu jenen Faktoren zählten in der entscheidenden Anfangszeit der europäischen Integration die Erfahrungen der beiden

¹ Für die gesamte Region siehe: Roy, Oliver: *The New Central Asia. The Creation of Nations*. New York 2005. Die Schaffung der turkmenischen Nation wird mit exemplarischer Klarheit herausgearbeitet in: Edgar, Adrienne Lynn: *The Making of Soviet Turkmenistan*. Princeton (NJ) 2006.

² Ausführlicher in: Rothacher, Albrecht: *Uniting Europe. Journey between Gloom and Glory*. London 2005, S. 5ff.

Weltkriege und der Zwischenkriegszeit und damit der dringende Wunsch, Europa eine Wiederholung zu ersparen. Dazu kam eine externe Bedrohung durch die bis in die 1980er-Jahre militärisch übermächtig erscheinende Sowjetunion.

Als sinnstiftendes Identifikationsmoment galt noch in den 1990er-Jahren der Rekurs auf die gemeinsame abendländische Wertordnung mit ihrer Sequenz von antikem Humanismus, römischem Recht, christlicher Wertordnung, der Aufklärung bis zur Bejahung von wissenschaftlich-technischem Fortschritt, marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen und demokratisch verfassten Rechtsstaaten als verbindlichen Leitbildern für Europa.³ Dieses Erbe wurde jedoch vor Kurzem – ohne inhaltliche Diskussion, doch mit einer Vielzahl von Zensurbestimmungen – einem multikulturellen „Toleranz“-Postulat geopfert. Es kann freilich in seiner belanglosen, politisch korrekten Unverbindlichkeit weder sinnstiftend noch integrationsmächtig wirksam werden.

In der Methode wandte man den von Jean Monnet, dem ersten Präsidenten des Vorläufers der Europäischen Kommission, entwickelten Funktionalismus an: Seinerzeit funktional wichtige Politikbereiche wie Agrarpolitik, Kohle- und Stahlmarkt, Außenhandels-, Zoll- und Wettbewerbspolitik wurden systematisch Schritt um Schritt vergemeinschaftet, um schließlich drei Jahrzehnte später dank des politischen Geschicks von Kommissionspräsident Jacques Delors den Binnenmarkt zu vollenden und wiederum ein Jahrzehnt später eine Währungsunion umzusetzen. Dabei wurde ab initio streng darauf geachtet, dass die gemeinsamen Beschlüsse (so mühsam und oft unbefriedigend ihr Zustandekommen auch war) verbindlich galten und binnen bestimmter Fristen durch die nationalen Behörden durchgesetzt wurden. All das wurde durch die Europäische Kommission als unabhängige Instanz beobachtet und angemahnt und konnte nötigenfalls vor einer unabhängigen Judikatur mit dem Europäischen Gerichtshof als Kernstück eingeklagt werden.

³ Dieses Argumentationsmuster war z.B. in der EU-Beitrittskampagne in Österreich 1993/4 noch außerordentlich wirksam, siehe: Rothacher, Albrecht: Bekenntnisse eines EU-Agitators. In: Die Presse (Spektrum), 8.10.1994.

Dabei wurden durch eine gewisse Symmetrie der „Großen“ (zunächst der Bundesrepublik Deutschlands, Frankreichs und Italiens, später kamen Großbritannien, Spanien und Polen dazu) nationale Hegemonien oder Duopole („Achsen“) stets verhindert und der Respekt auch für die Anliegen kleinerer Mitgliedstaaten (Luxemburg, Irland etc.) – bis hin zu ihrer institutionellen und personellen Privilegierung – durchgesetzt. Dazu bemühte man sich durch direkte Wahlen zum Europaparlament, dessen wachsende Mitspracherechte und – freilich immer seltener werdende – Volksabstimmungen, dem Integrationsprojekt trotz einer problematischen (da von der Exekutive dominierten) Gewaltenteilung demokratische Legitimität zu verschaffen.

Auf den ersten Blick erkennt man das Fehlen fast aller dieser Faktoren nicht nur in Zentralasien, sondern auch in allen anderen vorgeblich an Integration interessierten Regionen der Welt.⁴ Wie erwähnt, erodierte die ursprünglich bestehende ethnische Nähe und kulturell-religiöse Affinität der Völker Mittelasiens während der künstlichen Nationenbildung der Sowjetära, als nationale Sprachen kodifiziert, Nationalgeschichten neu geschrieben und Karrieren in den neuen Hauptstädten mit ihren sowjetischen Institutionen (Ministerien, Akademien der Wissenschaften, Universitäten etc.) und ihrem neuen Referenzrahmen wirksam wurden. Nach dem Zerfall der UdSSR 1991 und der damit einhergehenden Unabhängigkeit der mittelasiatischen Staaten wurden jene separaten Identitäten durch den Kurs der „alt-neuen“ Machthaber verstärkt, die unverzüglich die Sowjetslogans durch nationalistisch-muslimische Parolen und Symbolik ersetzen. In der Sowjetzeit war stets eine äußere Bedrohung beschworen worden, die postsowjetischen Autokraten der Region fühlen sich jedoch hauptsächlich von innen bedroht – und zwar von Islamisten, einer mehr oder minder demokratischen Opposition, Rivalen anderer Stämme und Klans sowie von potenziellen Konkurrenten aus den eigenen Reihen.

⁴ Für Ostasien siehe: Rothacher, Albrecht: Des Kaisers neue Kleider. Zur aktuellen Situation regionaler Kooperation in Asien. In: Internationales Asienforum, Nr. 35, 2004, S. 133-154.

Die transnationalen zeitgeschichtlichen Erfahrungen der zentralasiatischen Völker sind geprägt von der Kolonisierung durch das zaristische Russland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts; der erwähnten Niederschlagung des Basmatschen-Aufstands; der Zwangskollektivierung und dem Terror Stalins gegen die muslimische Geistlichkeit, die angestammten Oberschichten und die neuen nationalen Kader der 1920er- und 1930er-Jahre; den Opfern des im europäischen Teil der UdSSR und in Mitteleuropa ausgefochtenen Zweiten Weltkriegs sowie durch die korruptionsträchtigen Jahre unter dem sowjetischen Parteichef Leonid Breschnjew (1964-1982), als die Clanwirtschaft in den Apparaten der Kommunistischen Parteien (auch) der zentralasiatischen Teilrepubliken der UdSSR wucherte. Integrationsimperative als „Lehren der Geschichte“ lassen sich daraus in Zentralasien kaum ableiten. Schließlich sind solche elementaren Integrationsprinzipien wie die normative Gleichheit unterschiedlich reicher und mächtiger Staaten mit ihren kleineren Nachbarn den machtfixierten ehemaligen kommunistischen Parteisekretären genauso wenig zu vermitteln wie die Notwendigkeit einer demokratischen Legitimation eines Integrationsgeschehens und der rechtlichen Verbindlichkeit gemeinsam getroffener Entscheidungen. Diese Vorbehalte gelten offenkundig in gleichem Maße für die russischen Akteure im Rahmen der GUS und der OVKS.

Auch die Methode des Funktionalismus fand – wenig überraschend – keine Anwendung. Statt funktionaler Kooperation in überschaubaren Politikbereichen wurden bombastische Ankündigungen vorgezogen. Insbesondere der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew zündete ein Feuerwerk von Regionalinitiativen. Unter klangvollen Etiketten wurden immer neuere und grandiosere Integrationspläne entworfen. Es entstand eine Fülle an von außen kaum noch nachvollziehbaren Initiativen, die jedoch nach pompösen Unterzeichnungszereemonien meist folgenlos blieben und dem Vergessen anheim fielen.

Trotz aller Freihandels-, Zollunions- und Verkehrsinitiativen änderte sich im realen Leben der Bevölkerung wenig. Tadschikische Saison- und Gastarbeiter aus Russland werden bei der Heimfahrt per Bahn aus dem russischen Astrachan bis zur tadschikischen Hauptstadt Duschanbe

weiter an mehreren Zollgrenzen ausgeplündert oder müssen Bestechungsgelder zahlen. Der Transit von Lastkraftwagen ist nicht weniger schikanös sowie zeit- und kostenintensiv. Auch werden die zahllosen Streitigkeiten über Grenzverläufe, Wasser-, Energie- und Wegerechte zwischen den postsowjetischen Republiken Mittelasiens an den (in der Sowjetzeit rein administrativen und ab 1991 Staats-)Grenzen weiter hingebungsvoll und auf Kosten der betroffenen Bevölkerung kontrovers gepflegt. Dabei tat sich Präsident Islam Karimows Usbekistan im ersten Unabhängigkeitsjahrzehnt durch eine besondere Rücksichtslosigkeit gegenüber seinen kleinen östlichen Nachbarn hervor: Es besetzte einfach umstrittene Territorien und riegelte sie durch Stacheldrahtverhaue, Straßensperren und Minenfelder ab. „Unbotmäßige“ Dörfer wurden sogar bombardiert, Brücken gesprengt und das Hinterland verwüstet. Nach 2001 waren diese Dispute zwar längst nicht beigelegt, doch mäßigte sich Usbekistan spürbar. Möglicherweise war dies ein positiver Effekt von ansonsten reichlich unproduktiven Gipfeltreffen. Wie sich z.B. bei Treffen der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) zeigte, kann eine Gipfelregie samt „harmonisierender“ Gruppenphotos die Teilnehmer zu einem halbwegs zivilisierten Umgang miteinander bewegen – auch deswegen, weil kurz vorher stattgefundene Bombardements von Dörfern und das Verminen von Grenzregionen schlecht zu einem harmonischen Bild passen wollen, das die Teilnehmer meist doch vermitteln wollen.

3. Die Vorgeschichte der SOZ

Das klassische „Große Spiel“ wurde nach jenem von dem englischen Literatur-Nobelpreisträger Rudyard Kipling (1865–1936) geprägten Ausdruck in dem Jahrhundert zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem Beginn des 20. Jahrhunderts in Zentralasien zwischen dem British Empire und Russland im mittelasiatischen Großraum (unter

Einschluss des Iran und Tibets) ausgetragen.⁵ Es ging beiden Mächten in jenem unwirtlichen „Niemandland“ um die Sicherung bzw. Erschließung des Landzugangs nach Indien, der „Perle“ des Empire. Die englischen Versuche zur Besetzung Afghanistans 1838-1842 und 1878-1880 scheiterten unter gigantischen Verlusten (insgesamt 52.000 Tote). Die russischen Ambitionen erloschen mit der Niederlage im Krieg gegen das aufstrebende Japan 1905. Danach wurde für die Briten das Deutsche Reich mit seiner ambitionierten Flotten- und Kolonialpolitik zum – überschätzten – Haupttrivalen ihrer Weltherrschaft.⁶

Nach der Oktoberrevolution 1917 und dem russischen Bürgerkrieg (1918-1920) verschwand Zentralasien hinter der sowjetischen Abriegelung, diente als Experimentierfeld für Stalins Versuche der künstlichen Nationenbildung und der Ausmerzung des Islam, als Deportationsziel unerwünschter Völkerschaften (Kulaken, Deutsche, Koreaner, Karelrier, Krimtartaren, Tschetschenen, Kalmüken etc.), für Parteichef Nikita Chruschtschows Neulandgewinnungen, als Atombombentestgelände (Semipalatinsk), Biowaffenareal (die frühere Insel Wozroschdenije im Aralsee), Weltraumbahnhof (Baikonur) sowie als neokoloniale Quelle von Baumwolle (Usbekistan), Gold (Kirgisien), Öl (Kasachstan), Aluminium (Tadschikistan) und Erdgas (Turkmenistan).

Nach der für alle Beteiligten unerwarteten – und für die sowjetisch sozialisierten herrschenden regionalen Eliten (Nomenklatura) zunächst sogar durchaus unwillkommenen – Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Sowjetrepubliken 1991 begann eine neue Runde des „Großen Spiels“, das zunächst vorsichtig, dann aber mit wachsenden Einsätzen und größerer Härte und Professionalität geführt wurde. Es geht heute nicht länger um die Kontrolle von Bergpässen und den Bau von Eisenbahntrassen, sondern um politischen Einfluss, Militärbünd-

⁵ Für die faszinierenden Details zu Verlauf und strategischem Kalkül des ersten „Großen Spiels“ vgl.: Hopkirk, Peter: The Great Game. On Secret Service in High Asia. Oxford 2001.

⁶ Vgl. Ferguson, Niall: The Pity of War. Explaining World War I. New York 2000.

nisse und die Parameter des Regierens und der Nationenbildung sowie um den Verlauf von Erdöl- und Erdgaspipelines.

Die Hauptakteure sind natürlich nicht länger zaristische Generale, die Khans und Emire von Buchara, Kokand und Chiwa, britische Abenteurer und Administratoren am Hofe des Vizekönigs von Indien, sondern Russland, China, die USA, die fünf mehr oder minder despotischen postsowjetischen Regimes Mittelasiens sowie – in Nebenrollen – die Türkei, der Iran, Pakistan, die EU und Japan. Abenteuer mit letalem Ausgang gibt es nach wie vor, doch finden sie weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Um die Komplexität dieser Vorgänge zu reduzieren, ist folgende Periodisierung sinnvoll:

1. Unabhängigkeitsphase (1991–1994):

Russisches und westliches Desinteresse; Höhepunkt des Bürgerkrieges in Tadschikistan; türkische, saudische und iranische Initiativen.

2. Konsolidierungsphase (1995–2000):

Festigung der Herrschaft der regierenden Despoten und ihrer Klans; US-Interessen artikulieren sich über Ölfirmen; die EU initiiert den Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia (TRACECA), ein Verkehrs- und Kommunikationsprojekt, das Europa und Mittelasien verbinden soll; und die Herrschaft der radikal-fundamentalistischen Taliban in Afghanistan löst Islamistenangst weit über die Region hinaus aus.

3. „Krieg gegen den Terror“ (2001–2005):

Die USA vertreiben die Taliban im Herbst 2001 aus der Hauptstadt Kabul; amerikanisch-usbekisches Bündnis; Projektierung und Bau verschiedener Pipelines; „Revolution der Tulpen“ in Kirgisien.

4. Chinesisch-russische Hegemonie (2005–):

Stärkung der SOZ. Der russische Präsident (und seit 2008 Premier) Wladimir Putin praktiziert eine immer selbstbewusstere Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig erstarkt der Einfluss Chinas. Unruhen in der ostusbekischen Stadt Andischan 2005 werden von der Regierung blutig niedergeschlagen. Fortsetzung der „pipeline politics“.

4. Die Unabhängigkeitsphase

Während der langen Zeit der unter Breschnjew herrschenden „Stagnation“ (so der offizielle Sprachgebrauch unter Michail Gorbatschow ab 1985) richteten sich die kommunistischen Parteisekretäre in den zentralasiatischen Republiken gut ein. Ihre Machtbasis lag in den Kolchosstrukturen, wo sie Klientelismus und ausgedehnte Patronage pflegten. Die Entfernung korrupter Regionalkader unter den KPdSU-Generalsekretären Jurij Andropow und Gorbatschow löste insbesondere zwischen 1983 und 1987 einige Unruhe in den Regionaleliten Mittelasiens aus. Die neuen Ersten Sekretäre wie Karimow (Usbekistan), Nasarbajew (Kasachstan) und Nijasow (Turkmenistan) übernahmen aber bald das alte System. Sie begrüßten zumeist den Putschversuch des aus einigen Hardlinern bestehenden „Staatskomitees für den Ausnahmezustand“ in Moskau im August 1991 und forcierten die Unabhängigkeit ihrer jeweiligen Teilrepublik zunächst nicht. Dann aber funktionierten sie die regionalen Kommunistischen Parteien schnell zu ihren „persönlichen“ Präsidentenparteien um, schanzten sich und ihrem Clan einen Gutteil des bisherigen Staats- und Parteieigentums zu und tauschten marxistisch-leninistische Rhetorik gegen islamisch angehauchte, nationalistische Slogans ein.⁷ Gleichzeitig waren sie auf die Transformationsaufgabe, das Ende der sowjetischen Zentralplanung und der extrem spezialisierten Arbeitsteilung sowie auf die durch neue nationale Grenzen fragmentierten Verkehrswege und Handelsströme denkbar schlecht vorbereitet.⁸ Interregionale Streitigkeiten über den Zugang zu Wasser-, Energie- und Straßennetzen sowie den Grenzverlauf (v.a. in dem mit 8 Mio. Einwohnern dicht besiedelten, zwischen Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan komplex parzellierten Fergana-Tal) und persönliche Animositäten zwischen den regierenden Potentaten wurden auf Kosten der Entwicklung der Region und ihrer verarmten Bevölkerung ausgelebt.

⁷ Roy, *The New Central Asia*, S. 150.

⁸ Pomfret, Richard: *The Central Asian Economies after Independence*. Princeton 2006, S. 9.

Russland war in seiner „prowestlichen“ Frühphase der postsowjetischen Entwicklung unter Präsident Boris Jelzin (der 1991 bis 1999 amtierte) mit seinen eigenen Schwierigkeiten (insbesondere wirtschaftlicher Natur) beschäftigt und schien eher erleichtert, sich um die Probleme des abgewirtschafteten Zentralasiens nicht mehr kümmern zu müssen.⁹ Die führenden Mächte Westeuropas und Nordamerikas waren mit den Konflikten auf dem Westbalkan und der Integration Ostmitteleuropas nach dem Ende des Ostblocks ausgelastet. Der Bürgerkrieg in Tadschikistan ab 1992 fand im Westen trotz seiner Grausamkeit noch weniger Aufmerksamkeit als die separatistischen Kriege um das Dnjestr-Gebiet (Republik Moldau), Abchasien und Südossetien (Georgien) sowie Berg-Karabach (Aserbaidshon) in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre. In Tadschikistan griff die russische 201. motorisierte Schützendivision auf der Seite der „prokommunistischen“ Bürgerkriegsfraktion (die von Exponenten aus dem landwirtschaftlich geprägten Süden dominiert wurde¹⁰) ein und sicherte ihr bis zum Friedensvertrag 1997 entscheidende Vorteile gegenüber ihren „islamistischen“ Gegnern. Nicht alle externen Beobachter realisierten, dass es sich weit weniger um einen ideologischen Disput denn um eine entlang von regionalen und Clanlinien ausgetragene Auseinandersetzung (mit teilweise wechselnden Allianzen) um das „Recht“ handelte, die wenigen verbliebenen Ressourcen des verwüsteten Landes sowie Duschanbe ausgiebig zu plündern.¹¹

In jenen frühen Jahren nach dem Zerfall der UdSSR streckten die Türkei, der Iran, Pakistan und Saudi Arabien ihre Fühler nach Zentralasien aus, um im herrschenden spirituellen Vakuum ihre jeweilige Ideologie bzw. Heilslehre zu verbreiten. Es entstanden Tausende neue Moscheen und Koranschulen, deren oft aus dem Ausland delegiertes missionarisches Personal von den Alkohol trinkenden und

⁹ Jonson, Lena: Russia and Central Asia. In: Allison, Roy/Jonson, Lena (Hg.): Central Asian Security. London 2001, S. 95-126, hier S. 96.

¹⁰ Imomali Rachmonow (der sich heute nur noch Rachmon nennt) schwang sich 1992 zum – an der Politik Moskaus orientierten – Präsidenten Tadschikistans auf und blieb es bis heute.

¹¹ Rashid, Ahmed: The Resurgence of Central Asia. Islam or Nationalism? Karachi 1995, S. 175.

sowjetisch sozialisierten Muslimen der Region schockiert war. Bald aber schränkten die postsowjetischen sunnitischen Herrscher die Tätigkeit der wahhabitischen Eiferer aus Saudi Arabien und der schiitischen Iraner ein oder verwiesen sie überhaupt des Landes, ihre Kulturzentren wurden mitunter wieder geschlossen. Dies betraf auch die iranische Agitation im sprachlich und kulturell eng verwandten Tadschikistan, wo Teheran den Fehler gemacht hatte, die „islamistische“ Verliererseite im Bürgerkrieg zu unterstützen.¹²

Bis 1991 hatte es am Kaspischen Meer nur zwei Anrainerstaaten gegeben – die Sowjetunion und den Iran. Dann aber traten nicht weniger als vier Staaten an die Stelle der UdSSR – Aserbaidshon, Russland, Kasachstan und Turkmenistan. Die Aufteilung des Kaspischen Meeres mit seinen Offshore-Lagerstätten an Erdöl und Erdgas ist bis heute ungeklärt – nicht zuletzt wegen der Position des Iran, der 20% beansprucht, obwohl ihm aufgrund der Länge seiner Küstenlinie nur 13% zustünden. Teheran hat im Jahr 2001 Kanonenboote gegen einen von Aserbaidshon aus gestarteten Schiffskonvoi zur Erkundung von Ölfeldern eingesetzt, obwohl dieser in einem Gebiet klar nördlich der ehemaligen sowjetisch-iranischen Seegrenze unterwegs war. Der Wunsch zentralasiatischer Staaten (und v.a. Turkmenistans) nach Gas- und Ölpipelines durch den Iran bis zu der Hafenstadt Bandar Abbas scheitert nicht nur an der US-Embargopolitik (ohne amerikanische Konsortialbeteiligungen werden nur wenige Pipelines gebaut), sondern auch am iranischen Unwillen, Konkurrenten den Weltmarktzugang zu erleichtern. Damit hat sich Teheran weitgehend selbst aus dem Spiel genommen.

Ein weiterer wichtiger Akteur in der Region ist die Türkei. Nach dem Zerfall der Sowjetunion rief der türkische Spitzenpolitiker Süleyman Demirel (bis Mitte 1993 Premierminister, dann Staatspräsident) in einem romantisch-pantürkischen Überschwang eine „türkische Welt von der

¹² Herzig, Edmund: Iran and Central Asia. In: Allison/Jonson, Central Asian Security, S. 171-198, hier S. 176.

Adria bis an die Chinesische Mauer“ aus,¹³ die nicht nur die ehemaligen Sowjetrepubliken mit turkstämmigen Titularnationen (Aserbajdschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan und Kirgisien), sondern auch die Turkvölker Russlands und Chinas, also v.a. Tataren, Baschkiren und Uiguren, inkludieren sollte. Der türkische Staatspräsident Turgut Özal entwickelte eine intensive Besuchsdiplomatie in den südöstlichen Regionen der früheren UdSSR, wobei er zahllose türkische Schulen eröffnete und ambitionierte sicherheits- und entwicklungspolitische Ankündigungen machte, denen jedoch mangels Ressourcen (mit der Ausnahme von Stipendien zum Studium an türkischen Hochschulen) kaum jemals echte Taten folgten. Russland und China unternahmen inzwischen naturgemäß alles, um dem für sie gefährlichen „pantürkischen Bazillus“ und der türkischen Präsenz in der Region zu begegnen.¹⁴ Die Türkei ist heute in Zentralasien v.a. auf dem Bau- und Hotelsektor unübersehbar präsent. Politisch einflussreich ist sie, wenn überhaupt, nur noch im sprach- und stammesverwandten Aserbajdschan (die Aserbajdschaner definierten sich noch bis zum Ersten Weltkrieg als „schiitische Türken“) mit Wirtschaftskooperationen und Militärhilfe gegen ihre gemeinsamen (ihrerseits de facto mit Russland verbündeten) Erbfeinde Armenien und Iran.

5. Die Konsolidierungsphase

Die USA verfolgten derweil in der für sie zunächst unüberschaubaren zentralasiatischen Region eine Politik des „Russia first“¹⁵, die laut Paul Wolfowitz (2001 bis 2005 stellvertretender US-Verteidigungsminister) bald zu „Russia only“ wurde. Nachdem in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre das sowjetische nukleare Erbe in Kasachstan beseitigt werden konnte, waren es angesichts des allgemeinen Desinteresses an der Region im Wesentlichen amerikanische Ölfirmen, die die

¹³ Zaman, Amberin: Turkey Moves to Expand Central Asian Ties. In: Eurasia Insight, 26.10.2000. <<http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav102600.shtml>>, abgerufen am 29.7.2009.

¹⁴ Winrow, Gareth: Turkey and Central Asia. In: Allison/Jonson, Central Asian Security, S. 199-218, hier S. 211.

¹⁵ Zitiert in: Financial Times, 23.9.1997.

Administration von Präsident Bill Clinton (im Amt 1993 bis 2001) für die Wichtigkeit von Ost-West-Pipelines für die zentralasiatischen Öl- und Erdgas-vorkommen, die unabhängig von Russland sein sollten, sensibilisierten und mobilisierten.¹⁶ Der Zugang zu den zentralasiatischen Ressourcen wurde dann auch das Hauptmotiv der US-Interessen in der Region. Dieses strategische Ziel bekannte der damalige Energieminister Federico Peña in einem öffentlichen Vortrag vor Nasarbajew offen.¹⁷ Die 2006 mit einem Aufwand von 3 Mrd. Dollar fertig gestellte, 1.800 Kilometer lange Erdölpipeline, die von der aserbajdschanischen Hauptstadt Baku über Tbilisi (Georgien) zur türkischen Hafenstadt Ceyhan (daher: BTC) verläuft, ist die spektakulärste und strategisch wichtigste Frucht dieser Bemühungen. Eine große nordkaukasische Ölpipeline führt von Baku nach Novorossijsk an der russischen Schwarzmeerküste, die nicht von Moskau kontrollierte Ölpipeline ebenfalls von Baku nach Supsa (Georgien). BTC umgeht die stark frequentierten türkischen Meerengen (sowie Russland und das mit Aserbaidschan verfeindete Armenien) mit dem Transport direkt an die Küste des östlichen Mittelmeers. Pläne, kasachisches Öl und/oder turkmenisches Gas über transkaspische Pipelines nach Baku und von dort aus weiter auf die Weltmärkte zu bringen, scheiterten bislang an den umstrittenen Seegrenzen sowie am entschiedenen politischen, diplomatischen und propagandistischen Widerstand Russlands und des Iran. Ein Projekt der Firma Unocal, eine Pipeline von Chardschou (Turkmenistan) durch das westliche Afghanistan an die pakistanische Küste bei Gaadar zu legen, musste schon 1998 (also noch während der Herrschaft der Taliban) aufgegeben werden.¹⁸

Die EU begann ab 1994 mit den Ländern Zentralasiens Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abzuschließen, die die offiziellen Kontakte, den Handel und die Programme im Rahmen der Technical Assistance to

¹⁶ Mroz, John Edwin: Why Kazakhstan? In: Institute for EastWest Studies (Hg.): Kazakhstan. Trade & Investment Opportunities and Geostrategic Importance. Washington D.C. 1997, S. 3-5, hier S. 3.

¹⁷ Peña, Federico: Address. In: Institute for EastWest Studies, S. 45-47, hier S. 45.

¹⁸ Malek, Martin: Geostrategische Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“. Aus Politik und Zeitgeschichte, B8/2002, S. 10.

the Commonwealth of Independent States (TACIS) regeln. Diese kamen zumeist Privatisierungsprojekten, der Verwaltungsreform, humanitären Anliegen und der Agrarentwicklung zugute. Seit 1998 unterstützt die EU mit TRACECA, dem laut Gael Raballand wichtigsten EU-Instrument in jener Binnenlandregion, auch die Entwicklung der Ost-West-Verkehrsachsen von Zentralasien und dem Südkaukasus.¹⁹ Die entsprechend vorbereiteten Projekte werden dann oft von der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), der Weltbank und privaten Investoren finanziert und umgesetzt.

Die Einnahme von Kabul durch die Taliban 1996 sowie die folgende Ermordung und öffentliche Zurschaustellung von Mohammad Najibullah, der 1987 bis 1992 Präsident des kommunistischen Afghanistan gewesen war, musste als Menetekel für die Herrscher der angrenzenden postsowjetischen Republiken Mittelasiens gelten. Die von den Taliban kontrollierten Teile Afghanistans dienten in der Folge als Rückzugsgebiet und logistische Basis von extremistischen Bewegungen. Für die weltlichen Regimes im postsowjetischen Mittelasien war zunächst weniger die Al-Qaida denn etwa die Islamische Befreiungsbewegung Usbekistans (IBU) von Juma Namangani gefährlich. Während die IBU zunächst die Beseitigung des „gottlosen Karimow-Regimes“ mit Terror und Guerillavorstößen zu erkämpfen suchte, verfolgte die weit weniger auf Gewalt denn auf Propaganda ausgerichtete Bewegung Hizb-ut-Tahrir (die in mehreren islamischen und europäischen Ländern im Untergrund agiert) das noch ambitioniertere Ziel, in ganz Zentralasien ein Kalifat zu errichten. Hizb-ut-Tahrir fand insbesondere im armen und überbevölkerten Fergana-Tal einen günstigen Nährboden vor. Russland machte Usbekistan Angebote zur militärischen Hilfe gegen die Islamisten. Karimow wies sie aber im Hinblick auf die russischen Truppen in Tadschikistan, deren Waffen oft bei der gut finanzierten IBU landeten, zurück.²⁰

¹⁹ Raballand, Gael: *L'Asie Centrale ou la fatalite de l'enclavement*. Paris 2005, S. 282.

²⁰ Akbarzadeh, Sharam: *Uzbekistan and the United States. Authoritarianism, Islamism and Washington's Security Agenda*. London 2005, S. 48.

6. Der „Krieg gegen den Terror“

Die Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA brachten auch für Zentralasien massive Veränderungen. Zur Vorbereitung und Führung des Luftkriegs gegen die Taliban und die folgende Festsetzung in Afghanistan wollten die USA Flughäfen in der Region nutzen. Das geschah dann insbesondere von Chanabad (Usbekistan) und Manas (Kirgisien) aus. Schon früher hatte Zbigniew Brzezinski, 1977 bis 1981 Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter und seither mehr (und meist negativ) in der UdSSR und dann in Russland denn im Westen beachtet, für Usbekistan, dem mit 25 Mio. Menschen bevölkerungsreichsten Land Mittelasiens, als „Ankerstaat“ für US-Einfluss in der Region geworben.²¹ Die despotischen Praktiken, die wirtschaftliche Unterentwicklung, die zahlreichen Menschen-rechtsverletzungen und die Frontstellung gegen mehrere Nachbarn hatten Washington lange davon abgehalten, sich mit jenem potenziell instabilen „Ankerstaat“ in diskreditierender Weise zu verbünden. Nach dem 11. September gab es solche Skrupel nicht mehr. Mit dem vorläufigen Sieg über die Taliban im Herbst 2001 und angesichts von US-Hilfen von 300 Mio. Dollar jährlich wurde Usbekistan Ende 2002 in Washington als „verlässlicher Verbündeter“ angesehen.²²

Der amerikanische Kampf gegen die Taliban spielte Moskau, Peking und den postsowjetischen zentralasiatischen Despoten in die Hände: Er hatte sie nichts gekostet und einen – zu Recht oder zu Unrecht – gefürchteten Feind geschwächt. Die Islamisten und Separatisten in einigen Ländern des postsowjetischen Mittelasiens hatten mit den von den Taliban einst kontrollierten Gebieten Afghanistans ihr subversives Hinterland, ihre Logistik und die Drogenfinanzierung verloren. Die Amerikaner, deren Menschenrechtslektionen, imperiale Attitüden und Ölinteressen zunehmend nervten, hatten somit „ihre Schuldigkeit getan“: Sie konnten gehen.

²¹ Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Interests*. New York 1997, S. 121.

²² Akbarzadeh, *Uzbekistan and the United States*, S. 75.

Man hätte die in Zentralasien traditionelle Schaukelpolitik zwischen externen Mächten (Russland, China, USA) und regionalen Rivalen (Kasachstan versus Usbekistan und das damals fast völlig isolierte Turkmenistan „gegen den Rest der Welt“) noch beliebig lange fortsetzen können, zumal die USA, die EU und die Europäer – im Gegensatz zu Russland und China – ja gut zahlten und sich um soziale und ökologische Probleme im Lande kümmerten. Doch gab es zwei Schlüsselemente für den Hinauswurf: Auf den Sturz von Slobodan Milošević in Belgrad (2000), die „Revolution der Rosen“ 2003 in Georgien und die „Orange Revolution“ 2004 in der Ukraine folgte im März 2005 die „Revolution der Tulpen“ in Kirgisien: Präsident Askar Akajew, der 14 Jahre an der Macht gewesen war, stürzte nach Massendemonstrationen innerhalb weniger Tage und ging nach Russland ins Exil. Kirgisien, ein agrarisch geprägtes Hochgebirgsland, war nach der Unabhängigkeit schnell von Auslandshilfen abhängig geworden. Akajew war als Physikprofessor und Intellektueller nicht der Typ des halbgebildeten Nomenklatura-Apparatschiks gewesen, den die anderen postsowjetischen Präsidenten Mittelasiens vertraten. Deshalb hatte seine relativ liberale Herrschaft einen Hybridcharakter zwischen autoritärer Entwicklungsdiktatur und demokratischen Formen²³, die westlich finanzierten NGOs, Oppositionsparteien und Medien mehr Spielraum ließ als das andernorts in der Region der Fall war. Aus Sicht seiner autoritäreren Nachbarn war es diese „Achtlosigkeit“, die seinen Fall verursachte. Westliche NGOs und ihre Projekte – und v.a. die von George Soros finanzierten Stiftungen – stiegen zu den Hauptfeindbildern der autoritären Regimes in Mittelasien (und einigen anderen Regionen der GUS) auf. Konsequenterweise setzte der Staat diese NGOs als „Gefahrenmoment“ fremdfinanzierter Bürgergesellschaften massiv unter Druck.

Im Mai 2005 kam es in Andischan zu Unruhen, die Karimow als Aufstandsversuch darstellte. Die Sicherheitskräfte griffen ein, wobei nach verschiedenen Angaben zwischen 170 und 600 Personen den Tod fanden. Auf westliche Kritik und Forderungen nach unabhängigen

²³ McMann, Kelly M.: Economic Autonomy and Democracy. Hybrid Regimes in Russia and Kyrgystan. New York 2006, S. 174ff.

Nachforschungen reagierte Karimow mit einer Hinwendung zu Russland und dem von Moskau und Peking schon lange geforderten Hinauswurf der Amerikaner aus Chanabad. All das war aus der Sicht des militärischen Establishments Russlands und Chinas, wo man traditionell an eine „Einkreisung“ durch die USA glaubt, natürlich ein großer Erfolg.

Entsprechend stark war der Druck auf Kirgisiens neuen Präsidenten Kurmanbek Bakijew, die Amerikaner ebenfalls des Landes zu verweisen. Um bleiben zu können, musste Washington die finanzielle Hilfe für Kirgisien (lies: das Bakijew-Regime) erheblich aufstocken; dieses Spiel wiederholte sich dann 2009. Russland hatte bereits 2003 den aus sowjetischer Zeit stammenden Luftwaffenstützpunkt Kant (nur ca. 30 Kilometer von Manas entfernt) reaktiviert. Deutschland hatte sich mit Kritik an Karimow wegen der Vorfälle in Andischan zurückgehalten und konnte seine Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt im südszbekischen Termez, der für die Versorgung ganz Nordafghanistans entscheidend ist, gegen entsprechende Zahlungen belassen. Zudem unterzeichnete Karimow eine Vereinbarung, die eine Intervention des russischen Militärs im Falle der Destabilisierung Usbekistans zulassen würde, was nicht wenige Beobachter als eine Sicherheitsgarantie Moskaus für das herrschende Regime interpretierten; zu einer solchen wären die USA und/oder die NATO natürlich nie bereit gewesen.

7. Die SOZ als Ausdruck sino-russischer Hegemonie

Die SOZ war auf chinesisches Betreiben 2001 durch die Formalisierung der „Shanghai Five“-Gruppierung²⁴ gegründet worden. Ursprünglich war es der Hauptzweck der „Shanghai Five“ gewesen, Grenzfragen zwischen den postsowjetischen Republiken Mittelasiens und Russlands einerseits und China andererseits zu lösen und die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg zu fördern. Später wurde die gemeinsame Bekämpfung von „Separatismus, Terrorismus und Extremismus“ zum Hauptthema. Die SOZ-Staaten versicherten einander bei zahlreichen

²⁴ Bestehend aus China, Russland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan. Usbekistan trat der SOZ 2001 bei ihrer Gründung bei.

Gelegenheiten, Putins Krieg in der nordkaukasischen Republik Tschetschenien (seit 1999) ebenso zu unterstützen wie Pekings Repressionen gegen uigurische Autonomisten in Xinjiang. Kirgisien, Kasachstan und Tadschikistan verpflichten sich, unter ihren uigurischen Minderheiten keine entsprechende Agitation zu dulden und Flüchtlinge aus China sofort auszuliefern.²⁵

In Taschkent wurde 2002 ein „Anti-Terrorzentrum“²⁶ der SOZ eingerichtet.²⁷ 2004 folgte ein Sekretariat der SOZ in Peking. Die Staatschefs, Ministerpräsidenten, Fachminister usw. der SOZ-Mitglieder treffen sich und verabschieden die „üblichen“ politischen Erklärungen sowie Kommunikees zur wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und dem Austausch von Studenten, Wissenschaftlern usw. Daneben diskutieren die in Peking stationierten SOZ-Diplomaten immer wieder Transport- und Energiefragen – allerdings mit für die Außenwelt meist kaum nachvollziehbaren Folgen. Dagegen ist eindeutig, dass russische Vertreter gern die Militär- und Sicherheitskomponente der SOZ in den Vordergrund rücken. So simulierten bei der Übung „Peace Mission 2007“ 6.500 Mann in Urumtschi (Xinjiang) und in Tscheljabinsk (Südural) den Angriff auf eine ganze Stadt, d.h. das Szenario der Ereignisse in Andischan. Geübt wurden u.a. massive Einsätze von schwerem Gerät, die bei manchen Beobachtern Assoziationen an das chinesische Vorgehen in den „separatistischen“ Provinzen Tibet und Xinjiang sowie an den russischen Krieg in Tschetschenien weckten. Russen und Chinesen stellten natürlich die mit Abstand größten Truppenkontingente; die Präsenz der postsowjetischen Republiken Mittelasiens war eher symbolisch. Es war nicht die erste Übung, die russische und chinesische Soldaten Schulter an Schulter bestritten: Bei „Peace Mission 2005“ im August 2005 probten 10.000 Mann (auf der chinesischen Halbinsel Shandong) u.a. Landemanöver.

²⁵ Rashid, Ahmed: China forced to expand role in Central Asia. Central Asia-Caucasus Analyst, 19.7.2000. <<http://www.cacianalyst.org/?q=node/290>>, abgerufen am 4.8.2009.

²⁶ Auf Russisch „Regional'naja antiterrorističeskaja struktura“, abgekürzt RATS.

²⁷ RATS History, 30.11.2004. <http://www.ecrats.com/en/rats_history/2010>, abgerufen am 4.8.2009.

Bei einem nüchternen Vergleich der Ziele der SOZ-Mitglieder bleiben als gemeinsame Nenner der Machterhalt der vier zentralasiatischen Diktatoren und die Verdrängung der USA aus der Region. Doch selbst letzteres wurde nach dem SOZ-Gipfel von Astana, der im Juli 2005 – wohl wider besseres Wissen – feierlich festhielt, dass die „aktive militärische Phase der Antiterror-Operation“ in Afghanistan vorbei sei, sodass ein Zeitplan für den Abzug von Kräften der „Mitglieder der Antiterror-Koalition“ (d.h. die USA wurden nicht namentlich genannt) aus den SOZ-Mitgliedsstaaten anzustreben sei,²⁸ nur unvollkommen umgesetzt. Die USA konnten, wie erwähnt, weiter den Flughafen Manas nutzen. China setzte seine Ziele in der Region bisher weitgehend durch: Es bekämpft die „drei Übel“ Terrorismus, Separatismus und Extremismus (natürlich in seiner spezifischen Interpretation), ohne mit irgendwie signifikanten ausländischen Protesten rechnen zu müssen: Niemand im Westen will es sich mit China, einer aufstrebenden Großmacht mit einem riesigen Absatzmarkt, verscherzen.

Die SOZ wurde auch als diplomatisches Instrument für die chinesische Ressourcendiplomatie eingesetzt. Sie stellt die nötigen Spitzenkontakte bereit, um den Pipelinebau von Westkasachstan nach Urumtschi und die Einrichtung von Eisenbahnlinien nach Kirgisien und Kasachstan zur Anbindung an die zentralasiatischen Netze gegen das Misstrauen der einheimischen Eliten und den Widerstand Russlands durchzusetzen. So nährt etwa die mythische Westgrenze der chinesischen Provinz Xi Mu, die im 7. Jahrhundert durch das heutige Kasachstan verlief, angesichts der historisch begründeten chinesischen Territorialforderungen gegenüber Indien und im Südchinesischen Meer entsprechende Befürchtungen vor einem weiteren Erstarken Chinas. Für jene „Vertrauensbildung“ halfen auch jene 900 Mio. Dollar an „weichen“ Exportkrediten, die China den Mittelasiaten zur Verfügung stellte²⁹ –

²⁸ Declaration of Heads of Member States of Shanghai Cooperation Organisation (Astana, July 05, 2005). <http://www.pircenter.org/data/resources/Declaration_July%2005,2005.pdf>, abgerufen am 5.8.2009.

²⁹ Diese Exportkreditlinie gab der chinesische Präsident Hu Jintao auf dem SOZ Gipfel im Juni 2004 in Taschkent zugunsten Russlands, Kasachstans, Kirgisiens, Tadschikistans und Usbekistans bekannt (China People's Daily, 18.6.2004). Von ihr wird seither reger Gebrauch gemacht.

selbstverständlich (wie auch an autoritäre Regimes in Afrika) ohne politische Konditionen. Dieser Betrag entsprach der Summe aus europäischen und japanischen Hilfen (russische und amerikanische Hilfen sind eher militärischer oder virtueller Natur). Der bilaterale Handel zwischen China und Zentralasien wuchs ohnehin sprunghaft. Zwischen 2000 und 2003 verdreifachte er sich auf 3,3 Mrd. Dollar. Von 2004 bis 2007 kam es zu einer erneuten Verdreifachung von 4,3 auf 16 Mrd. Dollar (davon drei Viertel alleine mit Kasachstan)³⁰, auch wenn die wirtschaftliche Kooperation, die man sich in Peking von der SOZ verspricht (für eine erleichterte Zollabfertigung, gemeinsame Qualitätsstandards, eine verbesserte Verkehrs- und Transitabwicklung etc.) noch immer nicht so recht funktionieren will. Dagegen ist die SOZ für China kein direktes Militärbündnis: Es hat sich historisch ohnehin noch nie freiwillig auf Bündnisse eingelassen, in denen es riskiert hätte, seine Handlungsfreiheit zu verlieren, majorisiert oder in fremde Hände hineingezogen zu werden. So lehnt es auch weiter eine von Russland forcierte Mitgliedschaft des Iran in der SOZ ab – offenbar, weil eine solche beim Kampf gegen den islamistischen Extremismus deplaziert wäre und das Organisationsziel verwässern würde. Zudem will China die USA nicht unnötig verärgern.

Für die Machthaber Zentralasiens ermöglicht die SOZ neben dem Hauptzweck des Machterhalts, der für sie wichtiger ist als eine gute internationale Presse oder eine honorifique Reputation (die Akajew fast bis zur „Tulpenrevolution“ genoss³¹), gleichzeitig noch genügend Freiräume, um die beiden Hegemone Russland und China gegeneinander auszuspielen, im Rahmen der SOZ ihre Absichten und Ambitionen rechtzeitig zu erkennen und nach dem Hinauswurf der Amerikaner aus Usbekistan 2005 weiter europäische und japanische Entwicklungshilfe lukrieren zu können. Denn keiner hat die Absicht, Moskaus Satrap oder Pekings Vasall zu werden, zumal dies auch die Exporterlöse ihrer

³⁰ Ibraimov, Sadykzhan: China – Central Asia Trade Relations. Economic and Social Patterns. In: China and Eurasia Forum Quarterly, 7/2009, S. 47-59, hier S. 48.

³¹ Den Fehler einer übermäßigen „Liberalität“ macht(e) sein Nachfolger Bakijew sichtlich nicht. Davon zeugen zahlreiche repressive Maßnahmen gegen die Opposition sowie die bescheidene „Demokratiequalität“ der Präsidentenwahlen am 23. Juli 2009, die etwa die OSZE monierte.

Rohstoffe deutlich schmälern würde. So sind sie nach wie vor, ohne Russland direkt herausfordern zu wollen, an einer weiteren Diversifizierung der Pipelinestränge interessiert. Moskau hat offenkundig das genau gegenteilige Interesse, nämlich mangels genügender Investitionen und Neuerschließungen eigener Erdöl- und Erdgasfelder weiter das weitgehende hochlukrative Transportmonopol (mit entsprechend hohen Transitgebühren und niedrigen Abnahmepreisen) für Öl und Gas aus den postsowjetischen Republiken Mittel-asiens aufrecht zu halten.

Während Jelzins Zentralasienpolitik häufig inkonsistent zwischen regionalem Desinteresse und Großmachtanspruch schwankte, setzt Russland seit Putins Aufstieg zur Macht im Kreml (1999) auf eine unmissverständliche Dominanz über den postsowjetischen Raum. Zunehmend wurde eine russische Version der Monroe-Doktrin gegenüber der GUS als neoimperiale Rhetorik in allen öffentlichen Diskursen zur Region, die stets als „nahes Ausland“ und „exklusive Interessenzone“ patronisiert wird, erkennbar. Als selbsternannter Schiedsrichter, Terrorbekämpfer und Beschützer von prorussischen und autoritären Regimes sieht sich Russland allerdings mit dem gleichen Dilemma konfrontiert, das die USA während ihres Nahverhältnisses zu Karimow (2001-2005) zu gewärtigen hatten: die öffentliche Assoziierung mit instabilen, korrupten und repressiven Regimes. Damit ist auch eine „antirussische“ Reaktion der Islamisten denkbar, die im Gegensatz zur exilierten oder ausgemerzten demokratischen Opposition weiter im Untergrund – und v.a. in Usbekistan – aktiv sind.³²

Offenkundig ist auch der kulturelle Einflussverfall Russlands. Lebten bis 2001 über 10 Mio. Russen, Ukrainer und Deutsche in Zentralasien, so ist ihre Zahl mittlerweile auf jenes Viertel geschrumpft, das zu alt oder zu arm zur Auswanderung ist. Waren Taschkent, die kirgisische Hauptstadt Frunse (heute Bischkek), Alma Ata (heute Almaty; zwischen 1929 und 1998 Hauptstadt Kasachstans), Zelinograd (heute als Astana Hauptstadt Kasachstans) und Duschanbe bis zur Unabhängigkeit weitgehend osteuropäisch geprägte Großstädte sowjetischen Typs (und damit

³² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.5.2005.

„Laboratorien der Völkerfreundschaft“), so sind sie heute unverwechselbar zentralasiatisch mit einer teilweise spürbaren Islamisierung des Alltagslebens. Die Nationalsprachen setzen sich auf Kosten des Russischen immer mehr durch. Die meisten Führungsfunktionen werden von Angehörigen der Titularnation besetzt. Viele verbliebene Russen fühlen sich außerhalb der Industriestädte Nordkasachstans nur noch als kaum gelittene Gäste.³³

Davon unabhängig benutzt Russland die SOZ zur Reinkarnation seiner Großmachtrolle. Putin meinte etwa, dass die Organisation 50% der Menschheit repräsentiere,³⁴ womit er aber offenkundig die Einwohnerzahl der Beobachterstaaten, und v.a. Indiens, dazugerechnet hatte. Sein Generalstabschef erfreute sich öffentlich an dem Wunschtraum einer „gemeinsamen“ Militärmacht, die einschließlich der chinesischen Volksbefreiungsarmee unter einer imaginierten SOZ-Kontrolle mit über 4 Mio. Mann die größte militärische Kraft der Welt darstellen würde.³⁵

US-Vizepräsident Richard Cheney charakterisierte im Mai 2006 die russische Öl- und Erdgaspolitik als „Instrumente der Einschüchterung und Erpressung“, die die Versorgung manipuliere und den Transport zu monopolisieren suche. Deshalb empfahl er Kasachstan, seine Petroleumprodukte über Pipelines zu exportieren, die nicht über russisches Territorium führen.³⁶ Diese Rede wurde in den russischen Medien erheblich mehr beachtet als in Westeuropa und sogar mit Winston Churchills berühmter „Kalte Kriegs“-Rede in Fulton 1946 verglichen. Cheney besaß aber keine Möglichkeiten, seine Wunschvorstellungen durchzusetzen.

³³ Olcott, Martha Brill: Kazakhstan. Unfulfilled Promise. Washington DC 2001. S. 174.

³⁴ Putin, Vladimir: SCO – a New Model of Successful International Cooperation. <http://www.indonesia.mid.ru/ros_asia_e_4.html>, abgerufen am 11.8.2009.

³⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.8.2007.

³⁶ International Herald Tribune, 6.5.2006.

China hat durch die Implosion der Sowjetunion und damit auch ihrer Militärmacht deutlich gewonnen.³⁷ Peking hat nun eine stark verkürzte Grenze zum von Moskau aus regierten Gebiet, in Zentralasien einen erleichterten Zugang zu Ressourcen sowie die Möglichkeit, in der Region als strategisches Vorfeld für seine Unruheprovinz Xinjiang durch die Unterdrückung des uigurischen Exils zu intervenieren.³⁸ Dabei ist China neben dem bereits erfolgten Eisenbahn- und Pipelinebau nach Kasachstan auch an einer Landverbindung in den befreundeten Iran interessiert, zumal die Beziehungen zum einstigen Verbündeten Pakistan wegen dessen Unterstützung für die Taliban und weltweit operierende islamistische Organisationen deutlich abgekühlt sind.

Allerdings löst der chinesische Hunger nach Pachtland, Wasser, Öl und Erzen durchaus auch massive Befürchtungen aus. Die brutale innere Kolonialpolitik der Han-Chinesen gegenüber den mit den anderen turkstämmigen Völkern Mittelasiens verwandten muslimischen Uiguren in Xinjiang stellt die Konsequenzen des Verlusts staatlicher Autonomie gegenüber China überdeutlich dar. So gilt die Erinnerung an das erwähnte „Xi Mu“, als im 7. Jahrhundert ein Großteil Kasachstans jene chinesische Nordwestprovinz war, gegenüber dem auch hinsichtlich Tibet, Taiwan und dem Südchinesischen Meer mit historischen Ansprüchen argumentierenden China³⁹ als kollektiver Alptraum.⁴⁰ Deswegen wird bei chinesischen Energieprojekten in Kasachstan stets auf einheimische Minderheitenbeteiligung geachtet⁴¹ und bei Bauprojekten dafür gesorgt, dass die chinesischen Gastarbeiter nach Projektende das Land wieder verlassen.

Das chinesische Engagement in Zentralasien hat mit einigem Verzug auch japanisches Interesse geweckt. So versucht Japan derzeit

³⁷ Schmillen, Achim: Neues „great game“ in Zentralasien? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.5.2001.

³⁸ Siehe auch: Tyler, Christian: Wild West China. The Taming of Xinjiang. London 2003.

³⁹ Scheerer, Hans / Raszelenberg, Patrick: China, Vietnam und die Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer. Hamburg 2001, S. 56f.

⁴⁰ Financial Times, 5.7.1999.

⁴¹ New Europe, 23.10.2005.

zusammen mit den USA ein Straßenprojekt als Süd-Nordachse von pakistanischen Seehäfen durch Ostafghanistan nach Tadschikistan und Kirgisien zu bauen bzw. zu rehabilitieren.⁴² Allerdings dürfte angesichts der aktuellen Handelsströme⁴³ statt der proklamierten „silk road“ eher eine „poppy road“ entstehen.

Auch hat die EU im Jahr 2007 ihre bisherige Zentralasienpolitik in Gestalt eines Katalogs wünschenswerter Governance- und Entwicklungsziele⁴⁴, verbunden mit der Aussicht auf eine zwischen 2007 und 2013 verdoppelte Programmhilfe, synthetisiert. Sie erlaubt es den Regimes vor Ort im Rahmen ihrer beliebten Schaukelpolitik, weiter mit einer Westoption zu kokettieren – so lange jedenfalls, wie dies Moskau und Peking gemeinsam zulassen.

8. Ausblick

Mit ihren einschlägigen Defiziten und Machtinteressen stellen Russland und China keine kritischen Fragen nach demokratischen Regierungsformen, Verwaltungseffizienz, Marktwirtschaft und nachhaltiger Entwicklung. Angesichts seiner nur von der bis Mitte 2008 anhaltenden Rohstoffhausse überspielten strukturellen Schwächen und dem unverkennbaren demo-graphischen Niedergang mag Russland mit dem Status quo in seinem zentral-asiatischen Hinterhof zufrieden sein. Peking passt die aktuelle „Stabilität“ in seinem „Fernen Westen“, wird doch die Region in ihrer von ihren Machteliten selbstverschuldeten Unterentwicklung politisch schwächer und damit empfänglicher

⁴² Aso, Taro: Central Asia as a Corridor of Peace and Stability. *Asia Europe Journal*, 4/2006, S. 471-474.

⁴³ Kleveman, Lutz: *The New Great Game. Blood and Oil in Central Asia*. London 2004, S. 230.

⁴⁴ Dazu zählen: die Förderung der Bildung, der Menschenrechte, der guten Regierungsführung, der Herrschaft des Rechts, der Demokratisierung, der Wirtschaftsentwicklung, des Handels, der Marktwirtschaft, der Energie, des Transports, des Umweltschutzes, des Wassermanagements, des Zoll- und Grenzschutzes und des interkulturellen Dialoges. Die Umsetzung beruht allerdings auf der Prämisse, dass auch die zentralasiatischen Führungen diese Ziele teilen.

gegenüber der mittelfristig weiter wachsenden chinesischen Hege-
monialrolle.

Die despotischen Präsidialregimes im postsowjetischen Mittelasien haben mit der Sterblichkeit ihrer mitunter noch von Gorbatschow eingesetzten Machthaber wesentlich kurzfristigere Probleme. Wie in ähnlich strukturierten Patrimonialdiktaturen im Nahen Osten und in Afrika geht es ihnen angesichts der herrschenden Clanstrukturen und des Fehlens einer effektiven Nationen-bildung und einer daher ausbleibenden gesellschaftlichen Solidarität in erster Linie um die Sicherung des persönlichen Machterhalts und um die größt-mögliche private Aneignung des verfügbaren nationalen Reichtums, der dann mitunter ins „sichere“ Ausland verbracht wird. Eine dynastische Nachfolge im Präsidentenamt fand bisher nur in Aserbaidshon statt, wo Ilham Alijew 2003 an die Stelle seines Vaters Heydar (eines ehemaligen KGB-Generals) trat. Russland hofft, bei der andernorts vorhersehbaren Instabilität in der Nachfolgefrage durch seine vermeintliche Schiedsrichterfunktion und die Unterstützung genehmer Persönlichkeiten seinen Einfluss auch für die Zukunft sichern zu können.

Die USA werden nach ihrem weitgehenden politischen „Verlust“ Zentralasiens von ihrer transkaukasischen „Basis“ (Georgien, Aserbaidshon) und der Türkei aus weiterhin eine Ressourcenpolitik betreiben können, zumal deren Durchsetzung als *pipeline politics* an Russland vorbei auch im wirtschaftlichen Interesse der Machthaber der Region liegt. Für die EU stellt sich trotz aller Widrigkeiten vor Ort die Herausforderung einer echten außenpolitischen Fokussierung jenseits wohlfeiler Predigten und der gut gemeinten Scheck-buchdiplomatie. Ohne nachhaltiges westliches Engagement bliebe Zentralasien langfristig nur die Alternative zwischen chinesischer Suzeränität und Islamisierung. Das Große Spiel hätte dann für den Westen unerfreulich geendet.

Der SOZ selbst hängt in ihrem Überleben und Gedeihen von einem strategischen Gleichgewicht und den Interessen divergierender demographischer und wirtschaftlich-technologischer Entwicklungen ab. Bei der absehbaren Schwächung Russlands in Zentralasien und in Fernost

und dem gleichzeitig nahezu unaufhaltsamen Kräftezuwachs Chinas in seinem regionalen Umfeld ist das mittelfristige Ende der SOZ eine wahrscheinliche Option. Für die Menschheit wäre das kein Verlust. Für die nachhaltige Entwicklung und Konsolidierung der Gesellschaften Zentralasiens oder gar die Pazifizierung Afghanistans sind ihre Methoden ohnehin untauglich.



